

## „Das wird unser Jahrzehnt“<sup>1</sup>

### – Zur Lage der SPD nach der Bundestagswahl

#### Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Thilo Scholle und Stefan Stache

Symbolische Inszenierungen sind besonderer Bestandteil von Wahlenden und Parteitag. Auch in der SPD bedienen sich die KommunikationsberaterInnen eines breiten Bauchladens von Moderne und Tradition, von den großen Gesten des strahlenden Kandidaten, über technisch ausgefeilte Präsentationen bis hin zum Bergmannschor. Doch um 18:30 Uhr des 27. September schien sich nicht nur das Fernsehpublikum im allgemeinen, sondern auch die Parteibasis auf den Wahlpartys in der falschen Vorstellung zu befinden. Wer angesichts der beispiellosen Wahlniederlage der Sozialdemokratie Gesten der Nachdenklichkeit erwartet hatte, sah sich mit einem strahlenden Wahlverlierer und einer jubelnden Menge konfrontiert, die jeden Zweifel am politischen Kurs hinweg zu applaudieren schienen. Die Inszenierung der Geschlossenheit hatte sich bis ins Absurde gesteigert. Sarkastisch fragten manche Leitartikler, ob der Jubel Erleichterung über das Ende der ungeliebten Regierungszeit oder völlige Abkoppelung von der Realität ausdrücke.

Tosender Beifall und die Ankündigung Frank-Walter Steinmeiers, die Führung der Oppositionsfraktion zu übernehmen, symbolisierten im Kern: „Wir haben alles richtig gemacht!“. Auch in den Wochen nach der Wahl mochte sich keine Stimmung der inhaltlichen und personellen Erneuerung entfalten. Die Skepsis gegenüber den schnell getroffenen Personalentscheidungen basiert auf der Befürchtung, die Art der autoritären Durchsetzung politischer Entscheidungen könnte sich nun weiter fortsetzen. Zudem artikulieren große

Teile der Parteimitgliedschaft das Bedürfnis, vor personellen Festlegungen zunächst das Wahlergebnis aufzuarbeiten und die künftige politische Orientierung zu diskutieren. Programmatisch wiederum zeichnet sich eine zentrale Konfliktlinie zwischen jenen ab, die an den politischen Grundsatzentscheidungen der Regierung Schröder öffentlich festhalten und zugleich politisch mehr oder minder neue Akzente setzen wollen, sowie denjenigen, die die Revision einer Politik fordern, die in der öffentlichen Wahrnehmung mit der Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Rente mit 67 verbunden ist. Dieser strategische Dissens reicht bis in die Parteilinke hinein. So stellen sich mitunter FunktionärInnen und Abgeordnete, die den Kurs auch gegen ihre Grundeinstellung mitgetragen hatten, gegen die Auffassung, neue Glaubwürdigkeit für die SPD führe über die kritische Diskussion der Politik der letzten Regierungsjahre.

Der massive Vertrauensverlust in den Arbeitnehmermilieus der sozialen Mitte als Kernwählerschaft der SPD begann bereits vor Beginn der Großen Koalition im Jahr 2005 und auch vor der Durchsetzung der Agenda 2010 zwei Jahre zuvor. Sie ist, wie Benjamin Mikfeld in spw 163 (2008) beschrieb, Folge von Diskursen, die seitens der Beraterzirkel um Gerhard Schröder mitinitiiert worden waren: Die Vorstellung von gerechten Ungleichheiten, vom vermeintlichen Gegensatz von „sozialen Modernisierern“ und „Traditionalisten“ in der SPD, der Idee des Vorrangs der Eigenverantwortung in der sozialen Sicherung sowie dem Postulat der „Alternativlosigkeit“ von Maßnahmen der Deregulierung. Über das Schröder-Blair Papier (1999) hielten diese Schlagworte

<sup>1</sup> Franz Müntefering im Vorwärts, Februar 2009

Foto: www.photocase.de © luxliz::



erstmalig Einzug in die öffentliche politische Diskussion vor allem der Sozialdemokratie und prägten in der Folge neben den arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen der Regierung auch die politische Kultur der Partei.

Jene Diskurse basierten auf einer Fehlinterpretation der sozialen Strukturen der Gesellschaft. Diese ging davon aus, die Klassenmilieus hätten sich aufgelöst und die Sozialdemokratie müsse sich einen neuen politischen Standort jenseits der alten politischen Lager suchen. Wie Analysen der sozialen Strukturen Deutschlands von Michael Vester, Heiko Geiling u.a. zeigten, hatten sich die sozialen Milieus zwar modernisiert und ausdifferenziert, waren jedoch keineswegs verschwunden. Auch die politischen Lager sind, wie Heiko Geiling und Daniel Gardemin in ihrem Beitrag argumentieren, entgegen dem Mythos vom individualisierten volatilen Wechselwähler, heute weitgehend stabil. Der Austausch von Stimmen habe in den Bundestagswahlen seit den 90er Jahren hauptsächlich innerhalb des linken und rechten Lagers stattgefunden. Aus ihren empirischen Erkenntnissen lässt sich schließen, dass der Versuch einer im Kern marktliberal geprägten Politik, mit der „neuen Sozialdemokratie“ und der „Neuen Mitte“ die Meinungsführerschaft zu erlangen, an dem teils fundamental unterschiedlichen Ver-

ständnis von Solidarität und Gerechtigkeit in den eigenen Wählermilieus scheiterte. Die SPD habe, so Geiling und Gardemin, in der Regierung Politik gegen das eigene Lager betrieben.

Zum anderen hatte die „neue Sozialdemokratie“ aber auch dem umworbenen, sozial besser situierten und höher qualifizierten modernen Arbeitnehmersmilieu und dem sozialintegrativen Teil der bürgerlichen Milieus kein Projekt

mehr anzubieten. So existierte keine ausstrahlungsfähige sozialdemokratische Erzählung, die das Streben nach umfassender gesellschaftlicher Demokratisierung mit dem Versprechen des sozialen Aufstiegs und einem ökologisch nachhaltigen Wachstum verband.

In elf Jahren der Regierung versäumte es nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, sozial fortschrittliche ökonomische Antworten auf die neoliberale Globalisierung zu formulieren und in die politische Praxis umzusetzen. Aus der Perspektive der Parteienforschung skizzieren Oliver Nachtwey und Felix Butzlaff die Herausbildung einer „Marktsozialdemokratie“ in Großbritannien, Frankreich und Deutschland, für die der Markt zur bestimmenden Größe ihrer Praxis geworden sei. Hiernach werde das Ziel der sozialen Gerechtigkeit nicht aufgegeben, es müsse aber mit dem Markt vereinbar sein. Um die neue soziale Frage des modernen Kapitalismus – Sicherheitsverlust und Prekarität – einzuhegen, seien die sozialdemokratischen Parteien gefordert, Ökonomie neu zu denken. Ein „weiter so“ führe sie dagegen tiefer in die Krise.

Kaum eine Perspektive für den Regierungsalltag wuchs aus der Tatsache wachsender sozialer Ungleichheit und Armut unter sozialdemokratischer Regierungsführung. Statt aus

den Verlusten bei den Bundestagswahlen der Jahre 2002 und 2005 Konsequenzen für das Regierungshandeln zu ziehen, wurde weiter auf das „Vermittlungsproblem“ gesetzt. Nach diesem Verständnis, insbesondere der Regierungstechnokraten, habe die Wählerschaft die notwendigen Strukturreformen schlicht nicht verstanden und müsse mit einem professionellen Marketing, u.a. über die Massenmedien, von ihrer positiven Wirkung überzeugt werden.

Der Unwillen der Parteiführung, Parteiaustritte und Wahlniederlagen auch als Bewertung der eigenen Politik ernst zu nehmen, wirkte schon fast sektiererisch: „Eben weil alle gegen uns sind, ist das, was wir machen richtig!“ – so ließe sich das Verhalten interpretieren. Hinzu kommt eine Haltung des „bittersüßen Leidens“, die auch auf Teile der Parteibasis ausgestrahlt hat: Nach dem Motto: „Wir sind es eben, die schweren Herzens aber entschlossen die nötigen und harten Reformen angehen, ganz zum Wohle des Staates und der Allgemeinheit, auch wenn wir als Partei dafür Niederlagen einstecken müssen“, werden weder tatsächliche Ergebnisse eigener Politik noch gesellschaftliche Wahrnehmungen zur Sinnhaftigkeit dieser Politik erkannt. Beide Einstellungen führen dazu, dass das Sensorium für Ängste und Bedürfnisse der Menschen verloren geht und aus Niederlagen (politisch) nichts gelernt wird. Sie richten eine linke Volkspartei mittelfristig zugrunde.

Sowohl die konkreten Auswirkungen, als auch die symbolische Botschaft der politischen Maßnahmen verfestigten den Eindruck, die SPD vernachlässige die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Vor diesem Hintergrund war die Einschätzung ein Irrtum, die WählerInnen würden zwischen dem Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2009 und den Grundsatzentscheidungen der Regierungspraxis der SPD differenzieren: Auch der geänderte Kurs, der sich vor allem im Konjunkturprogramm II, Mindestlöhnen in mehreren Branchen und einem keynesianisch beeinflussten Regierungspro-

gramm mit Investitionen in ökologische Modernisierung und Bildung niederschlug, konnte das verlorene Vertrauen nicht zurückgewinnen. Dazu trug nicht zuletzt bei, dass der damalige SPD-Finanzminister sich zuvor vehement gegen konjunkturstützende Instrumente gewandt und darüber hinaus das Ausmaß der Finanzmarktkrise öffentlich unterschätzt hatte.

Der Deutschland-Plan Frank-Walter Steinmeiers enthielt ohne Zweifel wichtige Elemente eines sozial-ökologischen New Deal, wurde aber kaum zur Kenntnis genommen. Nach jahrelanger konjunkturell verheerender Sparpolitik und Deregulierung wirkte er nicht glaubwürdig und kam als Botschaft zu spät. Als Fortsetzung der Agenda 2010 kommuniziert, zeichnete er eher das Bild von Orientierungslosigkeit: Laut einer Umfrage von Infratest dimap gaben 69 Prozent der Befragten an, man wisse bei der SPD nicht, was sie nach der Wahl vorhabe.

Im Ergebnis verlor die SPD die Mehrheit der Stimmen an die NichtwählerInnen (2, 1 Mio), Die Linke (1,1 Mio.) und die Grünen (870 000), aber auch an CDU/CSU (870 000) und FDP (520 000) gingen Stimmen verloren.

Offensichtlich gelang es den Konservativen und Liberalen, sich bis hinein in die mittleren Arbeitnehmermilieus, die früher von der SPD gebunden wurden, als glaubwürdigere Schutzmacht des sozialen status quo oder als Steuer-senkungspartei zu profilieren.

Weite Teile der Parteimitgliedschaft, vermutlich besonders die für die Kommunikation wichtigen „Alltagsmultiplikatoren“, identifizierten sich am Ende selbst kaum mehr mit den progressiven Projekten und Erfolgen wie z.B. der Ausweitung von Mindestlöhnen, Investitionsprogrammen oder der Verbesserung sozialer Leistungen wie z.B. dem Schulbedarfspaket.

Der Wahlsonntag lässt eine Partei zurück, deren Konfliktfähigkeit verkümmert ist und in der sich viele ehemals Aktive aus der Arbeit

zurückgezogen haben. Die Parteitage wurden eher als Bühne der Regierung und als autoritäres Instrument, denn als Möglichkeit zur politischen Diskussion wahrgenommen. Um eine partizipatorische Demokratie zu etablieren, muss daher die Aufarbeitung der Ursachen des Wahlergebnisses als erster Schritt zur Revitalisierung der Parteistrukturen offensiv betrieben werden. Zudem wird eine politische Kursänderung nur dann glaubwürdig sein, wenn sie erkennbar auf einem Diskussionsprozess beruht und nicht im Verdacht schlicht opportunistischer Anpassung steht.

Letztlich ist eine Hinterfragung auch der eigenen Rolle der Parteilinken im Parlament und als Organisation während der elf Regierungsjahre unverzichtbar. Nicht zufällig war auch in anderen historischen Kontexten umstritten, wie stark sie Positionen zuspitzen und welche Strategie sie zu ihrer Durchsetzung verfolgen soll. So schrieb Olaf Scholz in spw 17 im Jahre 1982 – auch nach einem Verlust der Regierungsmacht: „Die Parteilinke ist handlungsunfähig, weil mittlerweile dort das gesamte Spektrum der Partei repräsentiert wird. Diese Situation macht die Herausbildung eines wirklichen linken Flügels notwendig.“

„Handlungsunfähig“ war die Parteilinke in den letzten Jahren sicherlich nicht. Auch die öffentliche Wahrnehmung war vorhanden. Je nach Situation wurde die Parteilinke jedoch mit verschiedenen Personen identifiziert, die untereinander inhaltlich und strategisch kaum koordiniert auftraten. Festzuhalten bleibt, dass die organisierte Parteilinke im Forum DL 21 wie auch die Jusos als eine der wenigen Teile der Partei in den letzten Jahren teils erfolgreich versucht haben, mittels Tagungen und Veröffentlichungen ihre eigenen Positionsfindungen auf eine breitere Diskussion und öffentliche Debatte zu gründen, und hier durchaus Anknüpfungspunkte zur Weiterentwicklung bieten.

Allerdings gelang auch hier die Synthese aus Ablehnung von Teilen der Regierungspoli-

tik mit eigenen progressiven Gestaltungsvorschlägen kaum. Weder wurde die Parteilinke innerparteilich als ernsthafte Bewahrerin der sozialdemokratischen Tradition wahrgenommen, noch gelang es ihr – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – neue programmatische Ausstrahlung zu gewinnen.

Zugleich fehlen aber gerade für die Partebasis wahrnehmbare linke Identifikationsfiguren und -projekte. Der Einfluss der Parteilinken wurde oft in inoffiziellen Zusammenhängen geltend gemacht, während nach außen hin der Regierungskurs nur milde angegriffen wurde oder Kritik unter einem Mantel des allgemeinen Lobes für die Regierung verborgen wurde.

Geradezu paradox mutet an, dass einige führende Parteilinke in den letzten Jahren ihre Kritik am Regierungskurs mit Rücksicht auf den Zusammenhalt und die Aktionsfähigkeit der Partei mäßigten, während zugleich Parteirechte wie Peer Steinbrück sich nicht im geringsten um die Beschlusslage der Partei kümmerten, sich in der Öffentlichkeit aber trotzdem der Eindruck festsetzte, die Parteilinke sei der Flügel der Partei, der sich am wenigsten auf gemeinsamen Konsens festlegen lassen würde.

Daher sollte die Parteilinke zunächst ihre eigene Identität diskutieren: Vereint sie alle, die sich in der SPD auf irgend eine Weise „sozialdemokratisch“ fühlen? Wie breit sollen die inhaltlichen Unterschiede sein? Wie ließe sich eine gemeinsame strategische Basis entwickeln? Bisher scheint sich nur herauszukristallisieren, dass die Arbeit am Zuspitzen der eigenen Konturen nicht zum Ziel haben darf, jede innerhalb der eigenen Strukturen vertretene Position abzubilden.

Künftig kommt der Parteilinken einerseits die Aufgabe zu, wieder programmatische Auseinandersetzungen voranzutreiben und zuzuspitzen. In diesem Zusammenhang geht es um

die Forcierung eines sozialökologischen Projekts, u.a. mit den Elementen produktiver Sozialstaat, gute Arbeit, Chancengleichheit im Bildungswesen, ökologische Modernisierung, demokratische Investitionssteuerung und internationale soziale Mindeststandards. Die Parteilinke muss der Motor der Auseinandersetzung mit der marktliberalen Regierung sein und über zentrale Leitthemen Identifikationsmomente für die ParteianhängerInnen schaffen.

Erste Ansatzpunkte dafür können die Entscheidungen zur Privatisierung von Gesundheit und Pflege im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP bieten.

Think Tanks können die politische Arbeit fachlich begleiten, sofern sie, wie Sonja Proffittlich einfordert, der Programmatik der SPD zumindest nahe stehen. Aufgrund der Erfahrung mit der Hartz- und Rürup-Kommission empfiehlt sie der Partei jedoch, eigene Zentren der fachlichen Expertise zu stärken bzw. einzurichten, die wissenschaftliche Erkenntnisse mit politischen Zielen abgleichen und in eine politische Strategie übersetzen.

Innerparteilich kann ein produktiver Streit mit dem Flügel der Agenda-Unterstützer mit dem Ziel programmatischer Klärung einen wichtigen Beitrag zur Wiedergewinnung von Glaubwürdigkeit der gesamten SPD leisten. Andererseits muss die Parteilinke das Ziel verfolgen, die Partei organisatorisch zu stabilisieren – durch das gesamte Repertoire der Partizipation, wie z.B. Foren mit Bündnispartnern, aktive Kommunikation zwischen Mitgliedern, Interessierten, Funktionären und Abgeordneten mittels modernster Internetplattformen, der Ausweitung von Mitgliederbegehren und –entscheiden, Kampagnen der Basisstrukturen sowie der Wiederentdeckung der Projektarbeit.



Foto: www.fotolia.com, © Andy Dean #4218966

Im linken Lager würde die Initiierung und Begleitung eines neuen Crossover-Prozesses der politischen Linken aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und über die Parteigrenzen hinweg nicht nur Machtperspektiven eröffnen, sondern programmatische Impulse ermöglichen. Benjamin Mikfeld verdeutlicht, dass die SPD und die politische Linke als ganze nur über ein Projekt die Chance auf eine Hegemoniefähigkeit erlangen kann, das ökologische Verantwortung, ökonomische Prosperität und soziale Gerechtigkeit nicht als Gegensätze, sondern als Einheit begreift. Die normative Basis dafür könne ein sozial integrativer Diskurs der sozialen und demokratischen Bürgerrechte darstellen, der für Ideen eines linken Republikanismus und radikaler Demokratie offen stehe.

Ein solcher Diskurs der Bürgerrechte könne dem ausgrenzenden konservativ-marktliberalen Diskurs der „Bürgerlichkeit“ entgegengesetzt werden. ■

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv.

☞ Thilo Scholle ist Rechtsreferendar am Landgericht Dortmund, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.